



Niederschrift

87. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 27.03.2013
Sitzungsbeginn:	17:05 Uhr
Sitzungsende:	20:30 Uhr
Ort, Raum:	R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	
Frau Hannelore Knoblich	SPD	
Herr Mike Schubert	SPD	
Herr Claus Wartenberg	SPD	bis 18:30 Uhr
Herr Dr. Hagen Wegewitz	SPD	
Herr Horst Heinzl	CDU/ANW	
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	ab 17:06 Uhr
Frau Franziska Schneider	FDP	ab 17:17 Uhr
Herr Sandro Szilleweit	Die Andere	
Herr Wolfhard Kirsch	BürgerBündnis	

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs	Oberbürgermeister	entschuldigt
------------------	-------------------	--------------

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Stefan Becker	FDP	entschuldigt
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis	entschuldigt
Herr Jan Wendt	Die Andere	entschuldigt

Gäste:

Frau Dr. Magdowski, GB Bildung, Kultur, Sport	Frau Gumz, Bereich Statistik und Wahlen
Frau Krusemark, f. d. GB Zentrale Steuerung und Service	Herr Detlef Langner, Wirtschaftsprüfer
Frau Latacz-Blume, f. d. GB Soziales, Jugend	Herr Jetschmanegg, Büro Oberbürgermeister
Gesundheit, Ordnung, Umweltschutz	Frau Gruß, SB Finanzen/ Berichtswesen
Herr Goetzmann, f. d. GB Stadtentwicklung und Bauen	Herr Kärsten, Archiv e. V.
Herr Kümmel, Büro des Oberbürgermeisters	weitere Gäste – siehe Gästeliste
Frau Ziegenbein, Schriftführerin	

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
13.03.2013
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110 KV Leitung in Marquardt und
Golm
Vorlage: 12/SVV/0664
Fraktion SPD
- 3.2 Änderungssatzung Zweitwohnungsteuer
Vorlage: 13/SVV/0089
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 3.3 Änderungssatzung Hundesteuer
Vorlage: 13/SVV/0090
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 3.4 Satzung über die Durchführung standardisierter repräsentativer Umfragen und
von Umfragen zu fachbereichsspezifischen Themen in der Landeshauptstadt
Potsdam - Umfragesatzung
Vorlage: 13/SVV/0095
Oberbürgermeister, SB Verwaltungsmanagement
- 3.5 Einstellung des kommunalen Begrüßungsgeldes für Studierende
Vorlage: 13/SVV/0109
Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und
Umweltschutz
- 3.6 Workshop zur Zielfindung
Vorlage: 13/SVV/0117
Fraktion FDP
- 3.7 Ordnungsbehördliche Verordnung der Landeshauptstadt Potsdam über
Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen aus Anlass
besonderer Ereignisse für das Jahr 2013
Vorlage: 13/SVV/0122
Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung
- 3.8 Ehrenamtspass mit Potsdam-Mittelmark
Vorlage: 13/SVV/0126
Fraktion DIE LINKE

- 4 Abberufung der Antikorruptionsbeauftragten
Vorlage: 13/SVV/0191
Oberbürgermeister, Rechnungsprüfungsamt
- 5 Bestellung der Antikorruptionsbeauftragten
Vorlage: 13/SVV/0192
Oberbürgermeister, Rechnungsprüfungsamt
- 6 Finanzielle Unterstützung des Archiv e.V. für eine baldige Wiedereröffnung des soziokulturellen Standorts Leipziger Str. 60
Vorlage: 13/SVV/0209
Fraktion DIE LINKE
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
 - 7.1 Bericht bezüglich der finanziellen Unterstützung des Bündnisses Faires Brandenburg e.V. / Katte e.V.
gemäß Beschluss: 13/SVV/0060
 - 7.2 Bericht über das Ergebnis der Diskussion im VBB bezüglich des Angebots von Drei- bzw. Sechsmonatskarten für den Nahverkehr
gemäß Beschluss: 13/SVV/0034
 - 7.3 Übersicht Petitionen 2012
Vorlage: 13/SVV/0115
Oberbürgermeister, SB Verwaltungsmanagement
 - 7.4 Zwischenbericht zum Stand der Erarbeitung des Jahresabschlusses 2011
 - 7.5 Bericht über die Umsetzung des Beschlusses zur Gründung einer Stiftung Freier Uferweg Griebnitzsee
gemäß Beschluss: 12/SVV/0016
 - 7.6 Vorlage der Ergebnisse gem. Auftrag "Städtebauliche Klärung zur Anordnung der Weißen Flotte am Potsdamer Lustgarten
gemäß Beschluss: 12/SVV/0842"
- 8 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Heinzel eröffnet die Sitzung.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung
vom 13.03.2013**

Herr Heinzel stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:
zurückstellen sind die Tagesordnungspunkte:

- 3.1 – DS: 12/SVV/0664, Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110-KV-Leitung in Marquardt und Golm, weil diese Gespräche auf Grund der Teilnahme des Oberbürgermeisters an den Trauerfeierlichkeiten für den verunglückten Hubschrauberpiloten nicht stattgefunden haben,
- 3.6 – DS: 13/SVV/0117 - Workshop Zielfindung, hierzu fehlt das Votum des Ausschusses für Finanzen,
- 7.2 - Bericht über das Ergebnis der Diskussion im VBB bezüglich des Angebots von Drei- bzw. Sechsmonatskarten für den Nahverkehr gemäß Beschluss: 13/SVV/0034 und
- 7.4 - Zwischenbericht zum Stand der Erarbeitung des Jahresabschlusses 2011, da Herr Exner im Urlaub ist. Tagesordnungspunkt 7.2 wird in der Hauptausschusssitzung am 24.04.2013 und Tagesordnungspunkt 7.4 am 10.04.2013 wieder aufgerufen.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ bittet die Fraktion DIE LINKE um eine Information zum Stand der Vorbereitung/ Umsetzung der Schulküche in der Coubertin- Schule.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Gegen die vorliegenden Anträge auf Rederecht von der Fraktion DIE LINKE für eine Vertreterin/ einen Vertreter des Asta der Universität Potsdam zum TOP 3.5 und von Herrn Kärsten, Archiv e.V. zum TOP 6, erhebt sich kein Widerspruch.

Zur Niederschrift der 86. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 13. März 2013 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

**zu 3.1 Kurzfristige Gespräche zur Verlegung der 110-KV-Leitung in Marquardt und
Golm
Vorlage: 12/SVV/0664
Fraktion SPD**

zurückgestellt

zu 3.2 **Änderungssatzung Zweitwohnungsteuer**

Vorlage: 13/SVV/0089

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Da die Nachfrage von Herrn Kirsch, wie die Eigentümer mehrerer Wohnungen besteuert werden, nicht beantwortet werden kann, stellt er einen Geschäftsordnungsantrag auf **Zurückstellung der Vorlage**, der mit 11 Ja-Stimmen, bei 1 Nein-Stimme und 2 Stimmenthaltungen **angenommen** wird.

zu 3.3 **Änderungssatzung Hundesteuer**

Vorlage: 13/SVV/0090

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Dr. Scharfenberg bringt einen Änderungsantrag ein, mit dem im § 3 der Steuersatz für den ersten Hund auf 96 € festgesetzt und im § 5 ein Absatz 4 mit einer Härtefallklausel aufgenommen werden soll. Damit könne in begründeten Fällen und auf Antrag eine Steuerermäßigung von 25 % ermöglicht werden; die Verwaltung soll hierzu einen Formulierungsvorschlag vorlegen.

Auf die Nachfrage von Herrn Schubert, warum gerade 96 € vorgeschlagen werden, verweist Herr Dr. Scharfenberg auf die Aussage der Verwaltung, dass der Betrag durch 12 teilbar sein müsse. Im Weiteren verweist Frau Gruß auf Nachfrage von Herrn Schubert darauf, dass die finanziellen Auswirkungen durch die Verwaltung geprüft werden müssten und betont, dass damit von der eigentlichen Zielstellung der Einnahmeerhöhung stark abgewichen werde. Daraufhin merkt Frau Dr. Müller an, dass dieser Vorschlag mit Herrn Exner abgestimmt sei und sie die jetzt getroffene Aussage nicht verstehe.

Herr Schultheiß spricht sich gegen eine Minimierung des Steuersatzes für den ersten Hund aus, weil sich die Menschen nicht leichtfertig einen Hund anschaffen sollten. Die Härtefallregelung sei in Ordnung, weil es bei Rentnern auch eine soziale Komponente gebe, wie z. B. beim Verlust des Partners.

Herr Rietz betont Bezug nehmend auf die Aussagen von Frau Gruß, dass es nicht die Aufgabe der Hundesteuersatzung sei, für Mehreinnahmen zu sorgen, sondern den Bestand an Hunden in der Stadt zu regeln und ggf. zu minimieren.

Herr Dr. Wegewitz führt aus, dass auch der Ausschuss für Finanzen eine Härtefallregelung diskutiert habe, aber nicht geklärt werden konnte, inwiefern diese mit den bereits vorhandenen Regelungen im § 5 kollidieren.

Herr Rietz stellt den **Geschäftsordnungsantrag** auf **Zurückstellung** der Vorlage, der mit 12 Ja-Stimmen, bei 1 Nein-Stimme und 2 Stimmenthaltungen **angenommen** wird.

zu 3.4 **Satzung über die Durchführung standardisierter repräsentativer Umfragen und von Umfragen zu fachbereichsspezifischen Themen in der Landeshauptstadt Potsdam - Umfragesatzung**

Vorlage: 13/SVV/0095

Oberbürgermeister, SB Verwaltungsmanagement

Frau Krusemark bringt die Vorlage ein und betont, dass es sich hierbei nicht um Bürgerbefragungen gemäß Hauptsatzung handele, die einer formellen

Bürgerbeteiligung entsprechen, sondern um eine Abfrage im Sinne einer informellen Bürgerbeteiligung.

Herr Dr. Scharfenberg macht auf die Ankündigung in der Vorlage aufmerksam, in regelmäßigen Abständen Befragungen durchführen zu wollen. Dies sollte konkretisiert werden, um sich für bestimmte Entscheidungen auch entsprechende Grundlagen schaffen zu können.

Herr Schüler betont, dass die Abstände der Befragungen nicht Gegenstand der Beschlussvorlage seien und plädiert dafür, das auch offen zu lassen, denn eine Befragung hänge nicht von der Frist, sondern vom Gegenstand ab. Damit gebe man sowohl dem Oberbürgermeister als auch der Stadtverordnetenversammlung ein Instrument in die Hand.

Auf die Nachfrage, ob die damit entstehenden Kosten bereits im Haushalt eingeplant seien, erklärt Frau Gumz, dass Befragungen jährlich mit einem festen, wiederkehrenden Frageteil sowie einem variablen an aktuelle Themen geknüpften Teil stattfinden sollen und dies auch in anderen Städten bereits praktiziert werde. Eine erste Befragung sei vor der Sommerpause vorgesehen.

Herr Dr. Scharfenberg merkt dazu an, dass der Rhythmus von nicht unwesentlicher Bedeutung sei und wenn die Verwaltung schon eine jährliche Befragung plane, dann sollte das auch in geeigneter Weise festgehalten werden. Frau Gumz weist darauf hin, dass mit einer solchen Regelung ein Konflikt mit dem Melderechtsrahmengesetz entstehe und deshalb nicht in die Satzung aufgenommen werden kann.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Satzung über die Durchführung standardisierter repräsentativer Umfragen und von Umfragen zu fachbereichsspezifischen Themen in der Landeshauptstadt Potsdam – Umfragesatzung.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.5 Einstellung des kommunalen Begrüßungsgeldes für Studierende **Vorlage: 13/SVV/0109**

Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz

Eingangs erhält ein Vertreter des AStA der Universität Potsdam das Rederecht und begründet aus seiner Sicht die Notwendigkeit des Erhalts der jetzigen Regelungen.

Anschließend betont Herr Dr. Scharfenberg, dass die Fraktion DIE LINKE dem Antrag nicht zustimmen werde. Potsdam sei eine Studentenstadt und das Begrüßungsgeld Ausdruck der Verbundenheit der Stadt mit den Studierenden. Die angeführte Begründung, dass das Begrüßungsgeld bei den Einwohnern abgelehnt werde und die Abschaffung auch ein Vorschlag im Rahmen des Bürgerhaushalts sei, ziehe nicht, denn der Vorschlag habe es nicht in die TOP-20-Liste geschafft. Anliegen des Begrüßungsgeldes sei es, die Studenten an die Stadt zu binden, so dass sie hier ihren Hauptwohnsitz anmelden.

Bezug nehmend auf die Ausführungen des Vertreters des AStA betont Herr Schubert, dass das Begrüßungsgeld keine soziale Leistung, sondern ein Anreiz

sei. Die Fraktion SPD habe Schwierigkeiten mit der Diskussion, weil die diesbezüglichen Effekte schwer nachweisbar seien und seitens der Verwaltung keine Zahlen und Fakten dazu vorgelegt werden können. Da in anderen Städten andere Formen gewählt werden, habe die Fraktion den Änderungsantrag im Ausschuss für Finanzen eingebracht, ein einmaliges Begrüßungsgeld von 100,- Euro auszureichen.

Frau Latacz-Blume führt aus, dass die Verwaltung das Geld nicht nur einigen, sondern allen Studenten zu Gute kommen lassen wolle, insbesondere zur Nutzung der vorhandenen Infrastruktur und in Form eines Begrüßungsgutscheins.

Herr Schultheiß weist in seinen Ausführungen darauf hin, dass dieses Begrüßungsgeld eingeführt wurde, als die Einwohnerzahlen rückläufig gewesen seien und da war es auch gerechtfertigt. Heute wachse die Stadt wieder und habe andere Ziele. Außerdem habe die Stadt nicht unerhebliche Schulden, so dass er meine, das Begrüßungsgeld auf Null fahren zu können. Daran anschließend betont Herr Kirsch, dass auch überlegt werden sollte, wie viel von dem Anliegen erreicht werde und was nur ein Mitnahmeeffekt sei. Er plädiert für eine Zustimmung zum Antrag der Verwaltung.

Der Änderungsantrag aus dem Ausschuss für Finanzen wird mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

~~Die Zahlung des kommunalen Begrüßungsgeldes für Studierende erfolgt letztmalig für das Sommersemester 2013.~~

Der Oberbürgermeister wird beauftragt darzustellen, welche Auswirkungen folgende Veränderung der bisherigen Gewährung des studentischen Begrüßungsgeldes hätte:

Die Landeshauptstadt Potsdam gewährt zukünftig Studierenden, die ihren Hauptwohnsitz von außerhalb nach Potsdam verlegen, ein einmaliges Begrüßungsgeld von 100,- Euro statt wie in der bisherigen Regelung von 50 Euro/pro Semester.

Anhand der Darstellung der Auswirkungen auf den Haushalt (Einnahmen aus der sog. Schlüsselzuweisung im Vergleich zu den zu erwartenden Kosten für das veränderte Begrüßungsgeld), soll eine Entscheidung über die zukünftige Handhabung des Begrüßungsgeldes getroffen werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	6

zu 3.6 **Workshop zur Zielfindung**
Vorlage: 13/SVV/0117
Fraktion FDP

zurückgestellt

**zu 3.7 Ordnungsbehördliche Verordnung der Landeshauptstadt Potsdam über
Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen aus Anlass
besonderer Ereignisse für das Jahr 2013
Vorlage: 13/SVV/0122**

Oberbürgermeister, Bereich Wirtschaftsförderung

Herr Frerichs bringt die Vorlage ein. Anschließend merkt Herr Schubert an, dass in den beigefügten Stellungnahmen der Kirche und der Gewerkschaft darauf hingewiesen werde, dass sich an der Rechtskonformität der Satzung nichts geändert habe und er auf Grund dessen gegen diese Vorlage stimmen werde. Außerdem werde die Position der Beschäftigten nicht berücksichtigt.

Herr Dr. Scharfenberg erinnert daran, dass diese Thematik auch schon im letzten Jahr heftig diskutiert wurde und die unterschiedlichen Interessenslagen bekannt seien. Die Landeshauptstadt Potsdam sei in einer besonderen Situation, was es rechtfertige, dies auch im Konflikt mit der Kirche und Gewerkschaft in einer behördlichen Satzung einzufangen. Er sei sicher, dass hier ein Kompromiss gefunden werde und man werde sehen, wie sich die Vorschläge bewähren. Außerdem werde der Beschluss benötigt, da der erste Termin schon der 14. April sei. Ebenso plädiert Herr Schüler dafür, dem Vorschlag zuzustimmen und eine Klärung herbeizuführen. Herr Szilleweit spricht sich gegen die Regelungen aus, weil die Leidtragenden die Beschäftigten und deren Familien seien.

Frau Dr. Magdowski verweist auf das Risiko, wenn ein entsprechender Beschluss nicht gefasst würde. Dann, so Herr Frerichs, gelte die alte Verordnung weiter, womit aber einige Händler „hinten runterfallen“ würden.

Auf die Nachfrage von Herrn Kirsch, was passiere, wenn diese Verordnung wieder „kassiert“ werde, entgegnet er, dass es diese Situation im vergangenen Jahr auch gegeben habe und seitens der Verwaltung schnellstens eine neue Verordnung vorgelegt wurde, um das aufzufangen.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Ordnungsbehördliche Verordnung der Landeshauptstadt Potsdam über
Öffnungszeiten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen aus Anlass
besonderer Ereignisse für das Jahr 2013

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	9
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	2

**zu 3.8 Ehrenamtspass mit Potsdam-Mittelmark
Vorlage: 13/SVV/0126**

Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt die Vorlage ein. Herr Schubert findet die Idee einer Objektivierung grundsätzlich in Ordnung, um dann zu sehen, wie mit den Schnittmengen umgegangen und dann eine entsprechende Entscheidung getroffen werden könne.

Frau Latcz-Blume führt aus, dass das Land die Ehrenamtskarte im April wieder „auf den Markt bringen“ werde. In diesem Zusammenhang sollte man schauen, was ein wie hier vorgeschlagener Ehrenamtspass bringen würde oder ob es Sinn mache, nur eine Karte zu haben.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zu prüfen, ob und welche Leistungen für Inhaber des Ehrenamtspasses gemeinsam mit Potsdam-Mittelmark angeboten werden können. Dazu sind entsprechende Gespräche mit dem Landkreis zu führen.

Über das Ergebnis der Prüfung ist die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung im Juni 2013 zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	10
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	3

zu 4 Abberufung der Antikorruptionsbeauftragten

Vorlage: 13/SVV/0191

Oberbürgermeister, Rechnungsprüfungsamt

Herr Erdmann bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Frau Petra Rademacher wird als Antikorruptionsbeauftragte abberufen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig **angenommen.**

zu 5 Bestellung der Antikorruptionsbeauftragten

Vorlage: 13/SVV/0192

Oberbürgermeister, Rechnungsprüfungsamt

Herr Erdmann bringt die Vorlage ein.

Der Hauptausschuss beschließt:

Frau Dorothee Reinert wird zum 01.04.2013 zur Antikorruptionsbeauftragten bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	14
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 6 Finanzielle Unterstützung des Archiv e.V. für eine baldige Wiedereröffnung des soziokulturellen Standorts Leipziger Str. 60

Vorlage: 13/SVV/0209

Fraktion DIE LINKE

Herr Kärsten erhält als Vertreter des Archiv e. V. das Rederecht und informiert zum aktuellen Stand, nimmt Stellung zu dem vorliegenden Antrag der Fraktion DIE LINKE, informiert über die Ergebnisse des letzten Gesprächs mit der Verwaltung und deren Vorschlag, einen Erbbaurechtsvertrag mit den Standardkonditionen abzuschließen. Er übergibt den Mitgliedern des

Hauptausschusses einen Vorschlag des Archiv e. V. zu Konditionen des Erbbaupachtvertrages, die in die Diskussion mit einbezogen werden sollten.

Frau Krusemark bestätigt die Ausführungen von Herrn Kärsten und informiert über das Vorhaben der Verwaltung, zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 03. April einen Dringlichkeitsantrag zur Bestellung eines Erbbaurechtes einbringen zu wollen, um die Wiederaufnahme des Veranstaltungsbetriebes und damit die Einnahmen für den Verein zu sichern. Dem Anliegen, eine Vorabbeziehung zu genehmigen, könne die Verwaltung entsprechend geltendem Zuwendungsrecht nicht folgen.

In der sich anschließenden Diskussion bemängelt Herr Schultheiß, dass bislang keine umfassende Lösung für den Verein gefunden wurde und schlägt vor, das Gebäude durch den KIS sanieren zu lassen und an den Archiv e.V. zu vermieten. Die jetzt vorgeschlagene Lösung beinhalte ein großes Risiko für die jungen Menschen im Verein.

Sie sei von dem Vorschlag überrascht, so Frau Dr. Müller. Wenn das ein Weg zur Einigung sei, wäre man einen großen Schritt vorwärts gekommen und müsste den Antrag der Fraktion DIE LINKE nicht weiter besprechen. Er könnte zurückgestellt werden, bis der Dringlichkeitsantrag beschlossen wurde und hätte sich dann erledigt.

Frau Knoblich kritisiert das vorgeschlagene Verfahren; ihr würden einige Voraussetzungen dafür fehlen, um so einem Dringlichkeitsantrag zustimmen zu können. Sie halte das für eine Zumutung und mit „heißer Nadel“ genäht.

Herr Schüler betont, dass es wichtig sei, eine Lösung zu finden, die den Bestand des Archivs sichere. Denn wenn in der jetzigen Situation nicht reagiert werde, brauche über den Weiterbestand nicht mehr gesprochen werden. Er halte den Vorschlag der Verwaltung über einen Erbbaurechtsvertrag für den besseren Weg, auch wenn das sehr kurzfristig sei. Er wisse, dass die Stadt damit ein Risiko eingehe, plädiert aber dafür, dieses zu wagen.

Herr Dr. Scharfenberg meint, dass dieser Vorschlag so neu nun auch wieder nicht sei und der für den nächsten Mittwoch angekündigte Dringlichkeitsantrag das Ergebnis eines langen Reifeprozesses. Damit sei die Grundlage für die Umsetzung des erklärten politischen Willens geschaffen und habe sich der Diskussionsstand vom Dezember 2012 erheblich relativiert.

Herr Schubert äußert dahingehend Bedenken, dass der Vertragsinhalt nicht in den Fraktionen besprochen werden könne und sich jetzt schon abzeichne, dass die Vorstellungen der Verwaltung und die des Archivs weit auseinander gehen. Er halte die praktische Umsetzung des vorgeschlagenen Verfahrens für schwierig.

Frau Krusemark schlägt vor, die Eckdaten des Angebots im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu besprechen. Trotzdem werde es sicher schwierig, sich in der kurzen Zeit eine Meinung zu bilden.

Frau Dr. Müller schlägt vor, die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung für eine Meinungsbildung zu unterbrechen und den Vorschlag im Interesse des Archivs zu beraten.

Herr Kirsch plädiert dafür, den Dringlichkeitsantrag nur einzubringen und wenn möglich, dem Hauptausschuss zur Erledigung zu überweisen. Der Vertrag müsse Hand und Fuß haben – dafür gebe es noch viele Dinge zu besprechen.

Frau Müller stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Debatte gemäß dem Vorschlag von Frau Krusemark im nicht öffentlichen Teil fortzusetzen und die DS

zurückzustellen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 7.1 Bericht bezüglich der finanziellen Unterstützung des Bündnisses Faires
Brandenburg e.V. / Katte e.V.
gemäß Beschluss: 13/SVV/0060**

Frau Latacz-Blume informiert, dass die Verwaltung bereits 25 T€ als freiwillige Leistung dafür aufwende. Um darüber hinaus 610 €/Monat für Miete leisten zu können, müssten andere Zuwendungen gekürzt werden. Gleiches wurde bereits im Ausschuss für Gesundheit und Soziales diskutiert und konnte keine Einigung darüber erzielt werden, wer diese Kürzung erhalten solle. Demzufolge müssten die Mittel als zusätzliche Leistungen in den Haushalt eingestellt werden.

Zu der Frage, über welche Änderungsliste dies zu beantragen sei, werden unterschiedliche Meinungen geäußert. Dies könne sowohl über die Liste der Verwaltung als auch des Ausschusses oder der Fraktionen passieren.

Herr Schultheiß weist darauf hin, dass der Ausschuss einen Antrag stellen wollte und der Kämmerer prüfen sollte, ob das umsetzbar sei.

**zu 7.2 Bericht über das Ergebnis der Diskussion im VBB bezüglich des Angebots
von Drei- bzw. Sechsmonatskarten für den Nahverkehr
gemäß Beschluss: 13/SVV/0034
aus HA: 13.02.13**

zurückgestellt – zur Sitzung des Hauptausschusses am 24. April 2013

**zu 7.3 Übersicht Petitionen 2012
Vorlage: 13/SVV/0115
Oberbürgermeister, SB Verwaltungsmanagement**

Zu dieser Mitteilungsvorlage fragt Herr Dr. Scharfenberg nach, wie mit den Petitionen umgegangen werde und ob es eine Analysetätigkeit zu den Schwerpunkten etc. gebe. Frau Krusemark entgegnet, dass diesbezüglich künftig ein Beschwerdemanagement ein gerichtet werde.

Auf die Nachfrage von Herrn Schüler, warum sich die Beschwerde bezüglich der Reiherbergstraße in der Auflistung nicht wiederfinde, entgegnet Herr Goetzmann, dass es unterschiedliche Formen des Umgangs mit Beschwerden dieser Art gebe und hierzu nicht die formale Beantwortung gewählt worden sei.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.4 Zwischenbericht zum Stand der Erarbeitung des Jahresabschlusses 2011

zurückgestellt - zur Sitzung des Hauptausschusses am 10. April 2013

**zu 7.5 Bericht über die Umsetzung des Beschlusses zur Gründung einer Stiftung
Freier Uferweg Griebnitzsee
gemäß Beschluss: 12/SVV/0016**

Herr Dr. Klosa informiert, dass Herr Langner als Steuerberater und Wirtschaftsprüfer die Stadt begleite und in den entsprechenden Fragen berate. Anschließend erläutert Herr Langner an Hand visueller Darstellung die selbständige Stiftung bürgerlichen Rechts und geht auf stiftungsrechtliche Besonderheiten ein.

Herr Dr. Klosa führt anschließend aus, dass die Gespräche mit der Kommunalaufsicht noch nicht abgeschlossen seien. Außerdem gebe es ein Normenkontrollverfahren gegen den B-Plan „Griebnitzsee“, so dass potentielle Spender abwarten und es eine Stiftungsgründung heut oder morgen nicht geben werde. Trotzdem nutze die Verwaltung die Zeit mit Kampagnen im Sinne einer solchen Stiftung und um zu erreichen, dass das kommende Verfahren noch transparenter gestaltet sowie die Bedeutung des Uferweges bewusst gemacht werde. Im Weiteren solle der Kreis der Beteiligten erweitert werden und der Uferweg/ die Uferflächen begehbar bleiben. Spenden sollen zukünftig an bestimmte Teilabschnitte gebunden sein, wofür ein Zeitfahrplan existiere. Die Rückgewinnung des Ufers solle optisch eingeleitet sowie die Zuwegungen zum See optisch schöner gestaltet werden. Abschließend sagt er auf Nachfrage zu, den Hauptausschuss regelmäßig über den Sachstand zu informieren.

**zu 7.6 Vorlage der Ergebnisse gem. Auftrag "Städtebauliche Klärung zur
Anordnung der Weißen Flotte am Potsdamer Lustgarten
gemäß Beschluss: 12/SVV/0842"**

Herr Goetzmann informiert, dass erste lösungsorientierte Gespräche zwischen der Weißen Flotte und dem Architektenbüro stattgefunden haben, die er moderiere. Zwischen den Beteiligten bestehe weiterer Gesprächsbedarf und aus den vereinbarten Terminen ergebe sich, dass vor Mitte Mai nicht mit Ergebnissen zu rechnen sei.

zu 8 Sonstiges

Stand der Vorbereitung/ Umsetzung der Schulküche in der Coubertin- Schule

Herr Dr. Scharfenberg informiert über die Problematik, dass mit der Sanierung der Coubertin- Schule eine Lehrküche umgesetzt werden sollte. Mit den veranschlagten Kosten von 400.000 Euro stand die Frage, ob das auch mit geringerem Aufwand zu realisieren wäre. Das in Auftrag gegebene Gutachten sollte dazu verschiedene Varianten darstellen; komme aber nun zu dem Ergebnis, dass nicht mit weniger als 700.000 Euro zu rechnen sei. Damit stehe die Frage, wie mit diesem Ergebnis umgegangen und die Zielstellung – Einrichtung einer Lehrküche – trotzdem realisiert werde.

Herr Richter weist darauf hin, dass das eigentliche Projekt die Brandschutz- und Fassadensanierung umfasse. Mitten in der Umsetzung kam die Idee seitens der Schule hinzu, dieses bestehende Projekt um eine Speisenversorgung zu erweitern. Dazu habe es zahlreiche Gespräche gegeben, wie dies unter

Berücksichtigung der gesetzlichen Grundlagen und Anforderungen möglichst kostengünstig umgesetzt werden könne. Deshalb wurde diese Studie – kein Gutachten – in Auftrag gegeben. Hinzu komme, dass parallel dazu eine Catererversorgung gesichert werden soll, weil nicht absehbar sei, wie lange und umfassend Schüler für Schüler kochen können. Damit verbunden sei insgesamt ein erheblicher Investitionsbetrag und die Klärung der Frage, wie der umgesetzt werden soll. Der KIS wünsche sich eine möglichst zeitnahe Entscheidung, weil das ursprüngliche Projekt gestoppt wurde und die bestehenden Verträge gehandelt werden müssen.

Auf Nachfrage von Herrn Heinzel erläutert er im Weiteren, dass bisher 30 Essen für den eigenen Verzehr gekocht wurden, wofür ähnliche Voraussetzungen wie zu Hause gebraucht würden. Jetzt soll aber für Dritte – also weitere Schüler produziert werden und damit gebe es andere Anforderungen an Kühlung, Abluft etc.

Herr Dr. Scharfenberg merkt kritisch an, dass diesbezügliche Gespräche seit September vergangenen Jahres geführt, die Studie aber erst im Februar 2013 in Auftrag gegeben wurde. Ziel sei die Suche nach einer machbaren Lösung gewesen; nun komme aber ein ganz anderes Ergebnis heraus und deshalb müsse zwischen kleiner (für den Eigenbedarf) und großer (für Dritte) Küche ganz klar abgegrenzt werden.

Frau Knoblich betont, dass sie die Studie gelesen habe und sich daraus viele Fragen ergeben, zumal es darin von einem Konzept keine Spur gebe und nur auf die Investitionen eingegangen werde. Mit dem Projekt werde ein Wirtschaftsbetrieb installiert, der auch aufrecht erhalten werden müsse – sie könne sich eine Umsetzung dieses Vorhabens nicht vorstellen.

Herr Schubert spricht sich für eine zügige Umsetzung des Vorhabens aus, auch wenn in der Tat damit die Grenze von dem ursprünglichen Projekt zu einer Essenversorgung, für die es nun mal bestimmte Voraussetzungen gebe, übersprungen werde. Er fordert die Beteiligten auf, das Konzept und die Kosten so darzustellen, dass auf dieser Grundlage eine zügige Entscheidung getroffen werden könne. Dazu seien solche Fragen zu beantworten, wie: Wird das Konzept als realistisch eingeschätzt? Wie viel Essen sollen produziert werden? und Wo kommt das benötigte Geld her?

Dabei müsse man aufpassen und gegenüber der Schule keine unbegründeten Hoffnungen wecken, denn auch die Stadt könne keine Gesetze ändern.

Herr Rietz verweist auf die vielen Pflichtaufgaben der Stadt und fehlende Realisierungsmöglichkeiten für Schulen, Sportanlagen u. a. Er habe für das Anliegen der Schule kein Verständnis.

Diese Idee sei sehr spät in den Planungsprozess eingebracht worden, so Frau Dr. Magdowski, was für die jetzige Situation auch relevant sei. Auch anderswo gebe es diese Projekte, für die viel Erfahrung nötig sei, die die Coubertin-Schule aber nicht habe. Die Zeit dränge und man müsse zu einer Entscheidung kommen. Auf der jetzt vorliegenden Basis sehe sie aber keine Möglichkeit der Umsetzung.

Sie schlägt abschließend vor, dass die Schule das Konzept für eine Schulfirma, die Folgekosten und die Auswirkungen auf den Schulbetrieb im Ausschuss für Bildung und Sport vorstellen solle.